



BBK Jahresausstellung »unterDruck« in der Städtischen Galerie Bremen. Arbeit links: Theresia Janssen, »Die Zeit«, 2012, 8-teilige Serie. Arbeit rechts: Mechtild Böger, »Sieb-Druck«, 1999-ff, Wandinstallation (Text Seite 2)

es war das kulturpolitische diskussionsthema dieses frühjahrs – das buch »der kulturinfarkt«

Staatsrätin Carmen Emigholz



Staatsrätin Carmen Emigholz

Es war für mich eigentlich kaum vorstellbar, und doch ist es passiert: Nach einer kurzen, wenn auch intensiven Debatte in diesem Frühjahr flammt nun die Diskussion um den »Kulturinfarkt« erneut auf. Zur Erinnerung: Vier Autoren hatten im März 2012 in einer Streitschrift zum Rundumschlag gegen die bisherigen Strukturen der Kulturförderung ausgeholt – und waren auf breite Ablehnung gestoßen. Nachdem diese Polemik der Autoren Haselbach, Klein, Pius und Opitz die Medien, Politik und Kulturschaffende bewegt hatte, schien das Thema zu Recht erledigt: Nicht ausreichend recherchiert, empirisch nicht fundiert belegt und widersprüchlich in der Argumentation. Das waren – kurz zusammengefasst – nur einige Reaktionen auf das Werk.

Jetzt macht zu meinem Erstaunen die Kulturpolitische Gesellschaft (KuPoGe) diese Thesen zum alleinigen Thema einer Publikation und lässt eine Reihe namhafter Autoren (leider ist nur eine einzige Frau dabei) zu den verschiedenen Aspekten des »Kulturinfarkts« zu Wort kommen. Das Ziel ist, so definiert es der Präsident Oliver Scheytt – der zu Fachthemen viel Kluges entwickelt hat – in seinem Vorwort, dass die Kultur aus der Debatte um den »Kulturinfarkt« gestärkt hervorgehe.

Die Kultur zu stärken, ist sicher ein richtiges Anliegen. Warum sich die KuPoGe dazu allerdings eine Veröffentlichung ausgesucht hat, die laut Bernd Wagner in seinem Aufsatz in besagter KuPoGe-Publikation »wenig argumentative Hilfe« bei der Überprüfung und Erneuerung des kulturpolitischen Denkens und Handelns bietet, entzieht sich meinem Verständnis. Anstatt sich einer als weitgehend untauglich für die Debatte erwiesenen Polemik nochmals anzunehmen, hätte ich erwartet, dass diese renommierte Gesellschaft eigene Überlegungen und Konzeptionen präsentiert.

Ich halte es für richtig, in Zeiten knapper werdender öffentlicher Mittel darüber nachzudenken, wie künftig sinnvolle Förderstrategien aussehen können, die sowohl die Bereitstellung eines großstadtangemessenen Kulturangebots für alle Menschen als auch das Innovationspotenzial der freien Szene berücksichtigen – aber ohne diese beiden Seiten gegeneinander auszuspielen! Wer Kultureinrichtungen abstrakt auf Grund eines vermeintlichen Überangebots die Existenzberechtigung abspricht, wird durch eine solche Provokation, die auch »falsche Unterstützer« beflügeln kann, kaum Spielräume für Neuerungen eröffnen.

Gefordert ist ein realistischer Blick auf die Praxis der Kulturförderung. Für das Verhältnis Bund-Länder heißt dies ein kritisches Hinterfragen des Kooperationsverbots, und für die Innovationsförderung in den Ländern bedeutet dies die Notwendigkeit, gezielte programmatische Strategien mit entsprechenden Förderinstrumenten auszustatten.

Kultur ist freiwilliger staatlicher Leistungsbereich und damit im Lichte öffentlicher Sparvorgaben häufig beliebigen Kürzungsrunden unterworfen. Zahlreiche Beispiele belegen dies und werden durch wenig taugliche Mittel wie Online-Umfragen und Ähnliches noch geschürt. Viele Einrichtungen verfügen heute über Etats, die ihnen kaum Handlungsspielräume eröffnen. So bleiben wichtige Aktivitäten der Kommunikation und Vermittlungsarbeit häufig auf der Strecke. Gute Programmatiken kosten Geld, und das ist knapp. Deshalb wird es unumgänglich sein, schonungslos auf die Lage der Einrichtungen zu schauen und sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Wer Leistungen erwartet, muss etwas riskieren. Das bedeutet, wie bei jeder Unternehmung – wenn man einen Moment in der Gedankenwelt der »Kulturinfarkt«-Autoren verweilen möchte –, keine willkürliche Schließung und Umverteilung, sondern den bewussten Einsatz von Risikokapital. Nur wer etwas wagt, gewinnt. Antizyklische Förderung hat sich oft als Motor von Innovationen bewährt. Es fehlt häufig der Mut, diese Strategie politisch zu etablieren – das sicher vor dem Hintergrund, dass Fehler in einer medialen Welt kaum gestattet sind.

Hier setzt unser Dilemma ein. Eine allzu sehr auf Sicherheit bedachte Förderphilosophie ist in schwierigen Zeiten oft vernünftig und wirkt stabilisierend, versperrt aber nicht selten neuen Entwicklungen den Weg. Diese Herausforderung, der alle kulturpolitisch verantwortlichen Akteure unterlegen sind, positiv zu bewältigen, verlangt kulturpolitisches Stehvermögen und Kreativität, aber keinen Taschenrechner.

Eine solche Debatte breit anzustoßen, nützt der Kultur deutlich mehr, als einem »neo-liberalen Gedankenspiel« – wie es Klaus Hebborn vom Deutschen Städtetag formulierte – hinterherzulaufen, das die Kultur einer strikten Marktorientierung unterwerfen will. Natürlich ist es vielen Kulturakteuren heute bewusst, dass öffentliche Förderung in Zeiten der Schuldenbremse kein System nachwachsender Rohstoffe sein kann – entsprechend klug werden an vielen Orten die zur Verfügung stehenden Finanzmitteln eingesetzt, entsprechend umsichtig wird um private Drittmittel geworben. Ausnahmen werden selbstverständlich kritisch verfolgt.

In der aktuellen KuPoGe-Publikation wird erklärt, dass es immer wieder um die Frage gehe, ob es wirklich ein Publikum gebe, um Einrichtungen zu füllen, und diese Frage beantworte der Markt.

Ich halte dies für verkürzt. Die Kunst hat einen Eigenwert, der sich jeglicher Messbarkeit und ökonomischer Betrachtungsweise entzieht. Der Staat hat hier eine Schutzfunktion, die im Übrigen auch in der Bremischen Landesverfassung verankert ist.

Wie man impulsgebende und innovative Projekte unter den wenig inspirierenden Bedingungen der Schuldenbremse finanziert, ist sicher eine Herausforderung. Dazu bedarf es des intensiven Austauschs mit den Kulturakteuren auf Augenhöhe und keiner erneuten Bühne für eine fachlich unzureichende, polemische Streitschrift.